Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 7

Artikel: Das mitteleuropäische Staatensystem
Autor: Leichter, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328177

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zum Bundes-, Wohn- und Siedelungsfonds beizutragen, ist im Mai 1921 erschienen und wird die mächtig sich entwickelnde Siedelungsbewegung der Arbeiter unterstützen.

Einige für den Arbeiterschutz höchst wichtige Neuerungen bringt das Gewerbeinspektorengesetz vom 14. Juli: Erweiterung der Exekutivgewalt gegenüber dem Unternehmen, die Berechtigung, Materialproben zwecks Untersuchung zu entnehmen, Beiziehung von Fachleuten (Aerzten, Chemikern) usw.

Eine Zusammenfassung und Erweiterung der Rechte der Angestellten bringt das Angestelltengesetz, welches am 11. Mai erschienen ist.

Ueberblicken wir alles, was an gesetzgeberischer Arbeit seit dem Bestande unserer Republik zugunsten der Arbeiter und Angestellten geleistet wurde, so müssen wir einen völligen Umschwung in den Rechtsverhältnissen wahrnehmen. Was in den Jahren 1918, 1919, 1920 an Arbeiterschutz geleistet wurde und im Jahre 1921 ergänzt werden konnte, ist ein Fortschritt, wie er nur durch die wahrhaft großartige, durch Kühnheit und Klugheit in gleichem Maße gelenkte Macht der Arbeiterklasse erreicht werden konnte, einer Macht, die unsere Republik schon durch viele Fährnisse hindurchgebracht hat und uns hoffentlich auch einer besseren Zukunft entgegenbringen wird.

Das mitteleuropäische Staatensystem.

Von Dr. Otto Leichter, Wien.

Ist die politische Parole des aufsteigenden Bürgertums in seiner Jugend- und Revolutionsperiode die politische Demokratie, ist seine wirtschaftliche Parole die Wirtschaftsfreiheit, die Unbeengtheit des privaten Profitwillens durch den Staat, so ist seine staatspolitische Forderung der Nationalstaat. Der Einzug der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Betonung der nationalen Produktion, mit ihrem Streben, vor allem die Unternehmer der eigenen Nation zu stärken, ist in Europa begleitet von der Gründung von geschlossenen Nationalstaaten. Die Vereinigung der italienischen Städte und Provinzen zum italienischen Königreich, die Vereinigung der widerstrebenden deutschen Duodezfürstentümer zum mächtigen deutschen Reich sind die beiden wichtigsten Marksteine auf dieser Entwicklung. Der Nationalismus, der ja nur eine Ideologie des Kapitalismus, die Verschönerung des maßlosen Profitstrebens der Unternehmer und ihres Mehrwertegoismus für die ihnen am nächsten stehenden Unternehmer ist, zeigt überall dort,

wo wir es mit einem selbstbewußt gewordenen Bürgertum zu tun haben, ein starkes Streben nach nationaler Unabhängigkeit. Dieser Prozeß hat freilich eine gewisse Reife des kapitalistischen Zustandes zur Voraussetzung, auf Grund dessen sich eine „nationale" Bourgeoisie bilden kann, die ihre Kinder für die Beamten- und Offiziersposten, für die intellektuellen Berufe ausbilden läßt, also für jene Stellen, die zur Beherrschung des Staatsapparates nötig sind. Das ist auch der Grund, warum in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie die unbesiegbare Bewegung zur Gründung von Nationalstaaten verhältnismäßig spät, schon lange nach der Gründung von Nationalstaaten in Europa ausgelöst wurde. Die politische und wirtschaftliche Rückständigkeit der meisten Nationen des alten Oesterreich-Ungarns, die vielen feudalen Elemente, die in seiner Wirtschaft vorhanden waren, der kurze Zeitraum, während dessen diese Nationen auf der Bühne der Geschichte auftraten, waren der Hauptgrund dafür, daß die Zentrifugalbewegung von dem Kerkermeister der acht österreichischen Nationen spät und scheinbar ohne Beziehungen zu den Unabhängigkeitsbestrebungen anderer Nationen begann.

Der Krieg löste in Oesterreich durch die ungeheure Verschärfung der Machtpolitik gegen die nichtdeutschen Völker des alten Oesterreich und die nicht-magyarischen Völker des früheren Ungarns diese Bewegung in viel höherem Maße aus, als dies früher der Fall gewesen war. Dazu kam nun auch noch die äußere Propaganda, insbesonders der Tschechen, die durch Masaryk vor allem die Ententeregierungen für ihre Sache zu interessieren verstanden. Die Ententestaaten hatten ihrerseits die sichere politische Fühlung, daß die Unterstützung der nationalen Selbständigkeitsbewegung am besten den „Defaitismus" in Oesterreich stärken, den Staatsapparat von innen aus unterhöhlen werde. Und genau so wie die politische Propaganda gegen Deutschland mit dem Kampf gegen das deutsche Junkertum, gegen den preußischen Militarismus, gegen den Absolutismus und für die Demokratie geführt wurde, so war die beste Propaganda gegen Oesterreich der Kampf für das absolute und unbedingte Selbstbestimmungsrecht der verschiedenen Nationen des alten Oesterreich, dessen Erfüllung selbstverständlich den sofortigen Zerfall der alten Monarchie in ihre natürlichen Teile bedeuten mußte. So wurde die revolutionäre tschechische Regierung, die in Paris von den tschechischen Emigranten gebildet wurde, von den Ententemächten anerkannt, und offenbar damals wurden schon jene Verträge geschlossen, auf Grund deren die Tschechen und die übrigen Slaven des alten Oesterreich während

des Krieges zunächst unbedingt die Ententepolitik im Rahmen des alten Oesterreich unterstützten und auf Grund deren schon gewisse Richtlinien für die späteren Friedensverträge, aber auch für die Politik der erst zu gründenden späteren Staaten festgelegt wurden.

So ist nun selbstverständlich, daß Frankreich, das der Hauptträger dieser Politik war, die geistige Mutter der nationalen Selbständigkeit der Tschechen, der Polen, der Jugoslawen wurde, das spätere außenpolitische Verhalten dieser Staaten auf die absolute Feindschaft dieser Staaten gegen Deutschland, gegen den Rest des alten Oesterreich und — als die Sowjetrepublik eine immer größere Gefahr für die kapitalistische Beuteteilung wurde — auch gegen die Sowjetrepublik festlegte. Dabei liegt in dieser Zielsetzung, die Frankreich der Politik der Nationalstaaten gab, eine gewisse zeitliche und sachliche Aufeinanderfolge. Das erste Ziel der Unterstützung, die Frankreich den slawischen Nationen des alten Oesterreich angedeihen ließ, war vor allem die Niederringung Deutschlands und Oesterreichs. Die Hohenzollern und Habsburger waren es, die Frankreich durch die Gestaltung Mitteleuropas, durch die Errichtung der tschechischen und polnischen Republik des jugoslawischen Königreiches, des neuen Groß-Rumänien in Mitteleuropa unmöglich machen wollte. Die völlige Einkreisung Deutschlands und die Verhinderung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland nach dem Umsturze waren anfangs das Hauptziel der französischen Politik in Mitteleuropa, als aber dann die Gefahr der Sowjetrepublik für den westlichen Kapitalismus immer drohender wurde, da verfolgte Frankreich — und das war zweifellos schon eine politische Absicht zur Zeit des Abschlusses der Friedensverträge im Sommer 1919 — die Politik, die Clémenceau einmal treffend und aufrichtig mit dem Ausdruck bezeichnet hat, er wolle einen Drahtverhau um Rußland ziehen. Das mitteleuropäische Staatensystem, das Frankreich schuf und in allen Fragen begünstigte, war anfangs ein vorgeschobener Posten der französischen Politik gegen Deutschland und diente der Erweiterung der französischen Einflußsphäre in Mitteleuropa. Später wurden diese Staaten zu vorgeschobenen Verteidigungsstellungen des westlichen Kapitalismus gegen Rußland und gegen alle sozialistischen Re-

gungen in Mitteleuropa. Es darf niemals vergessen werden, daß die tschechoslowakische Republik auch noch unter dem rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Tusar einen regelrechten Krieg gegen Sowjetungarn führte und daß die Tschechoslowakei sicherlich auch ihre „Verdienste" an dem frühen Fall der ungarischen Kommune hat. Und die französische Politik hat auf diesem Gebiete ihre Triumphe gefeiert, als Polen gegen Sowjetrußland Krieg führte und sich unter den Segnungen der Kapitalisten aller Länder im Kriege mit Sowjetrußland für den westlichen Kapitalismus schlug.

Die Konzeption der französischen Politik war klar und durchsichtig. Die Tschechoslowakei, der fortgeschrittenste, der reichste dieser Staaten, sollte dadurch, daß man diesem Staate nicht nur die tschechischen, sondern auch die deutschböhmischen Gebiete einverleibte, in einen selbstverständlichen Gegensatz zu Deutschland und Deutschösterreich kommen, die Tschechoslowakei sollte sich auch wirtschaftlich von Deutschland und Oesterreich unabhängig machen, und so sehen wir in der ersten Zeit der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik das krankhafte Bestreben, alle wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland und Oesterreich zu zerreißen; man wollte die französische Geistesorientierung, die man sich in Prag plötzlich zurechtlegte, obwohl der Weg vom Hradschin zu den Boulevards recht weit ist, auch wirtschaftlich fundieren, die tschechische Wirtschaft sollte ein Investitionsgebiet für das französische Kapital werden, die tschechische Armee und besonders ihr Generalstab wurde französischen Offizieren anvertraut. Dieselbe außenpolitische Stellung wie zu Deutschland und Oesterreich sollte die Tschechoslowakei auch zu Ungarn haben. Die Abtretung der Slowakei an die Tschechen war hier der Zankapfel, der, zwischen die beiden Völker geworfen, niemals wieder ihre Vereinigung unter der habsburgischen Herrschaft möglich machen sollte.

Aehnlich ist die politische Stellung, die man Jugoslawien zugedacht hatte. Jugoslawien, stimmungsmäßig gegen Wien abgeneigt, sollte durch die Abtretung deutscher Gebiete des jugoslawischen Königreiches in ständigen Gegensatz zu Oesterreich leben, es sollte mit Ungarn niemals ein gutes Verhältnis wegen der Abtretung Kroatiens und der sonstigen verschiedensten Interessengegensätze haben. Ueberhaupt verlegte man das Schwergewicht dieses großen slawischen Balkanstaates nach Süden, so daß dieser Staat und auch seine nördlichen Gebiete niemals für eine gesamtösterreichische Kombination im alten, überlebten Sinne in Betracht kommen konnte.

Auch Polen war für die Rolle des französischen Gendarmen recht gut prädestiniert. Dieser Staat, der wegen seiner

wirtschaftlichen Nöte von vornherein auf die weitgehendste Hilfe Frankreichs angewiesen war, der vor allem durch die Ungewißheit der oberschlesischen Entscheidung sehr lange von Frankreich kurz gehalten wurde und der sich die Teilung Oberschlesiens erst durch eine Reihe von Diensten gegenüber dem französischen Imperialismus erkaufen mußte, war von vornherein ein gutes und gefügiges Objekt für die französische Politik.

Indes die Dinge in Mitteleuropa sind durch eine Reihe von Umständen anders gekommen, als es sich die französischen Diplomaten schlau ausgeklügelt hatten. Als nur die Staaten einmal geschaffen waren, als sie Politik nicht mehr im luftleeren Raume, sondern auf der realen Basis der ökonomischen Notwendigkeiten machen mußten, als die Dynamik der Geschichte mannigfache Aenderung in den Staaten, deren Entwicklung im revolutionären Fluß begriffen war, brachte, da hat sich auch manches an dem von Frankreich gewollten Zustand geändert.

Alles, was man sich von ihm versprochen hatte, hat nur Polen erfüllt. Es hat auf Kosten seiner inneren Konsolidierung den Krieg mit Rußland auf sich genommen, es hat stets Kampfbereitschaft mit Deutschland gezeigt, kurz: Polen war der beste Gendarm, der beste Stiefelknecht der französischen Imperialisten. Deswegen ist Polen auch heute noch Liebkind in Paris, deswegen hat Frankreich, allerdings nicht nur aus Interesse für Polen, sondern auch, um Deutschland zu schwächen, die Teilung Oberschlesiens so durchgesetzt, wie sie schließlich erfolgte.

Die Tschechoslowakei war lange nicht so „brav" wie Polen. Als dieser Staat noch ganz unter dem Einfluß der tschechischen Nationaldemokraten, der chauvinistischen Partei des tschechischen Finanzkapitals stand, kapitulierte die tschechische Politik vollkommen vor den Wünschen Frankreichs, daher auch der Feldzug gegen Räteungarn, daher auch die anfängliche Freundschaft für die Offiziere der Wrangelarmee, die in einer gewissen Tradition des russischen Panslawismus in der Tschechoslowakei anfangs Werbestellen für die konterrevolutionären Armeen errichteten. Als aber das tschechische Proletariat halbwegs vom nationalen Taumel erwachte, als die Politik der tschechischen Rechtssozialisten auf immer größeren Widerstand stieß, als auf dem Boden der Bourgeoisrepublik — deren Prototyp ist ja die tschechische Republik, darin ist sie gewiß ein echt-französisches Geistesprodukt — die Klassengegensätze sich verstärkten, als sich ziemlich starke bolschewistische Regungen in diesem Staate mit ungeheuren Proletariermassen zeigten, war

in Frankreich eine gewisse Abkühlung gegen das unfolgsame Kind zu verspüren; die Tschechoslowakei war nicht mehr ganz so als Stiefelknecht zu gebrauchen wie Polen. —

Dazu kam der Gegensatz zwischen Tschechen und Polen wegen des Ostrau-Karwiner Kohlengebietes, der schon zur Zeit der Friedensverträge auftauchte und der seither nicht verschwunden, sondern eher größer geworden ist. In der Tschechoslowakei waren zur Zeit, als die Russen im siegreichen Vormarsch auf Warschau begriffen waren, ganz deutliche nationalbolschewistische Regungen zu spüren, die es am liebsten gesehen hätten, wenn man Polen in den Rücken gefallen wäre; auch das hat die Tschechoslowakei von der großen Entente etwas entfernt. So ist es den Tschechen recht schwer gefallen, ein für Polen günstiges Gutachten abzugeben, als sie in der oberschlesischen Frage zu einer gewissen Mitentscheidung berufen wurden; die Tschechen haben damals im Stillen sicherlich eine Schwächung Polens gewünscht, waren es aber ihrer finanziellen Abhängigkeit von Frankreich und England schuldig, vor den Wünschen Frankreichs noch einmal zu kapitulieren.

Die ökonomische Notwendigkeit, die inzwischen zu zahlreich gewordenen Waren abzusetzen, weist die tschechische Wirtschaft notwendigerweise auf Deutschland und Oesterreich hin. Als ganz Europa unmittelbar nach dem Kriege nach Kohle und Eisen schrie, als man die Waren den Verkäufern aus der Hand riß, da war es freilich keine Kunst, die tschechische Wirtschaft national „selbständig" zu machen; als aber die Produkte immer zahlreicher und die Käufer immer weniger wurden, als die Masse der Arbeitslosen wuchs, da entdeckte man in Prag wiederum sein Herz für Berlin und Wien, da wurden ziemlich starke Annäherungsschritte nach beiden Seiten hin gemacht, da wurde vor allem Oesterreich während seiner Gefährdung durch die Horthybanden und durch den zweiten Karlputsch lebhaft unterstützt. Die Tschechoslowakei wollte sogar eine Vermittlungsaktion zwischen Oesterreich und Ungarn unternehmen, die sicherlich weit mehr zugunsten Oesterreichs ausgefallen wäre als der Versuch Italiens in Venedig, da die Tschechoslowakei an einer Stärkung Oesterreichs und an einer Schwächung Ungarns interessiert ist. Daß dieser Versuch auf Geheiß von Italien abgebrochen werden mußte, hat nicht wenig zur Verstimmung der Tschechoslowakei gegen die Ententestaaten beigetragen. Die Tschechoslowakei kann eben, so gern sie in ihrer Politik französisch parlieren möchte, nicht eine Politik machen, die ihren ökonomischen Interessen unzweideutig zuwiderläuft, und

so hat die tschechische Regierung im Dezember des vorigen Jahres einen Staatsvertrag mit Deutschösterreich geschlossen, der eine gewisse Annäherung beider Staaten bedeutet, so hat sich die Tschechoslowakei entschlossen, Oesterreich einen Kredit auf 20 Jahre zu gewähren. Die Tschechoslowakei hat ihre Politik unter der klugen Führung ihres Außenministers Benesch verselbständigt, und die Folge dieser Außenpolitik ist die Gründung der kleinen Entente, die die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien umfaßt und deren Existenz allein schon beweist, daß das mitteleuropäische Gefolge Frankreichs sich nicht so ganz sicher unter der Patronanz Frankreichs glaubt, da es sonst seine Sache nicht großenteils auf sich selbst stellen würde.

Fast noch mehr als die Tschechoslowakei ist Jugoslawien von der großen Entente abgerückt. Jugoslawien ist der slawische Staat an der Ostküste der Adria und es ist selbstverständlich, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zwei Staaten, die ihre Wirtschaft am selben Meere führen, in Interessengegensatz kommen müssen. Italien ist der alte Staat, der die Adria durch viele Jahrhunderte allein und ungestört beherrscht, Jugoslawien ist der junge, aufstrebende Staat, der sich an der Adria eine Position zu schaffen beginnt. Der Gegensatz zwischen Italien und Jugoslawien ist bei jeder Gelegenheit hervorgetreten, und da vorläufig Italien noch immer oder wenigstens meistens seinen Willen durchzusetzen verstand, ist Jugoslawien auf die große Entente nicht allzu gut zu sprechen und hat den Anschluß an die Tschechoslowakei durch die kleine Entente gesucht und treibt auch eine Politik der Freundschaft zu Oesterreich und — soweit das in Frage kommt — eines leidlichen Verhältnisses zu Deutschland. Auch Jugoslawien ist nicht „brav".

Noch ein Moment ist in Mitteleuropa eingetreten, das die Politik der Großstaaten sehr stark beeinflußt hat. Der Versuch des ungarischen Proletariats, seine Alleinherrschaft aufzurichten, ist in sein Gegenteil umgeschlagen, die ungarische Reaktion ist vielleicht die brutalste, die die Geschichte je gekannt hat. Ungarn ist heute der sicherste Hort des Kapitalismus in Mitteleuropa, es ist heute das Zentrum aller Reaktionsbestrebungen. Ungarn ist aber in seinem unbändigen Willen nach der früheren territorialen Integrität vorläufig bereit, jedes Opfer der Entente zu bringen. Es zöge heute gern auf Geheiß Frankreichs in einen Krieg mit Rußland, Ungarn würde vielleicht mit noch größerer Charakterlosigkeit als Polen den Gendarmen der französischen

Reaktion in Europa spielen. Das erklärt das Wohlwollen, das gewisse mächtige Kreise Frankreichs für Ungarn haben, wozu noch kommt, daß die Gesandten der Ententestaaten in Ungarn, eingefangen durch die oberflächliche Höflichkeit der ungarischen Aristokratie, eingefangen wohl auch durch andere etwas „materialistischere Argumente", Ungarn begünstigen, wo sie nur können. Und trotzdem das heutige Ungarn mit seinen offenkundigen, imperialistischen Tendenzen, mit seiner Riesenarmee, die dem Friedensvertrag widerspricht, deutlich und letzten Endes den Friedensvertrag umgehen will, von der tschechischen Republik die Slowakei, von Jugoslawien Kroatien, von Rumänien den Banat zurückerobern will, obwohl Ungarn die Restauration der Habsburger will, obwohl Ungarn also geradezu eine Gefahr für die Staaten der kleinen Entente und den Frieden in Europa ist, wird es von der großen Entente bei jeder Gelegenheit begünstigt. Dazu kommt, daß Ungarn als natürlicher Gegner Jugoslawiens Italien sehr willkommen ist, und das ist auch der Grund gewesen, warum bei dem Konflikt zwischen Deutschösterreich und Ungarn wegen des Burgenlandes Italien offenkundig zugunsten Ungarns eingriff, obwohl die Staaten der kleinen Entente darüber sehr ungehalten waren. Alles das verbesserte natürlich nicht das Verhältnis zwischen kleiner und großer Entente.

Die kleine Entente ist gewiß kein Element der Revolution in Europa. Nichts wäre törichter, als zu glauben, durch die kleine Entente würde die Vorherrschaft der französischen Imperialisten untergraben. Die kleine Entente wird immer dort, wo es sich darum handeln wird, über die jetzigen Zustände hinauszukommen, und das kann nur heißen: zu einer sozialistischen Regelung der zwischen- und innerstaatlichen Verhältnisse in Europa zu kommen, ein Element der Reaktion sein, sie wird, solange die Staaten ihr heutiges Gepräge haben, ein Hort der kapitalistischen Wirtschaft in Mitteleuropa sein. Aber so, wie diese Staaten ein Ergebnis der bürgerlichen Revolution auf staatspolitischem Gebiet sind, so ist ihre Bedeutung dieselbe wie die Bedeutung der Errungenschaft der bürgerlichen Revolution auf innerpolitischem Gebiet, nämlich der bürgerlichen Demokratie und der Bourgeoisrepublik. Sie ist zwar nicht der Sozialismus, sie bekämpft ihn zwar manchmal mit sehr brutalen, mit diktatorischen Mitteln, aber sie ist dennoch der relativ beste Kampfboden für die Arbeiterklasse, die beste Arena zur Austragung von Klassenkämpfen. Auch der heutige Zustand in Mitteleuropa ist ähnlich. Er ist noch lange

nicht der Sozialismus, er ist dem Sozialismus vielfach entgegengesetzt, feindlich, wie etwa die brutalen Verfolgungen der Sozialisten in Jugoslawien zeigen, aber trotzdem ist der jetzige Zustand besser als der frühere der fast absoluten Monarchie, des Nationalitätenstaates, wo die Nationen in den alten Zwangsstaat eingepfercht waren und wo man über Nationalitätenkämpfen niemals zu einer klaren Scheidung der Klassen kommen konnte. Der heutige Zustand ist besser als der Zustand vor dem Krieg in Europa, er ist nicht der Sozialismus, aber er ist in dem historischen Prozeß zu der vereinigten sozialistischen Republik von Europa eine Etappe.

Und damit ist auch die Stellung des zwar armseligsten, aber im Innern doch freiesten Staates Mitteleuropas, Deutschösterreich, zu diesem ganzen mitteleuropäischen Staatensystem gegeben. Deutschösterreich will sich an Deutschland anschließen, das ist die historisch notwendige Entwicklung, die ihm bevorsteht, denn auch hier will man zu einem geschlossenen Nationalstaat kommen. Aber solange die jetzige Ordnung der Dinge in Europa besteht, ist die Erfüllung dieses politischen Wunsches Deutschösterreichs nicht möglich, und deswegen muß das deutschösterreichische Proletariat die jetzigen Zustände in Mitteleuropa zur Kenntnis nehmen und es muß sich sowie das übrige Proletariat Europas sagen, daß der jetzige Zustand der demokratischen Republik nicht zurückrevidiert werden darf, daß dieses System der mitteleuropäischen Staaten, der Nationalstaaten in Mitteleuropa besser ist, einen historischen Fortschritt darstellt gegenüber dem Zustand vor 1914. Deswegen hat Oesterreich den Vertrag von Prag mit der Tschechoslowakei geschlossen, deswegen war auch die österreichische Sozialdemokratie für die Ratifizierung dieses Vertrages, weil die Freundschaft mit der Tschechoslowakei, das gute Einvernehmen mit der kleinen Entente, die beste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Mitteleuropa, die Vermeidung der habsburgischen Reaktion ist. Die österreichische Arbeiterklasse weiß, daß das mitteleuropäische Staatensystem, wie es jetzt besteht, kein Ideal ist, aber so wie das österreichische Proletariat mit Zähnen und Klauen an der demokratischen Republik festhält, weil sie ihm neue Freiheiten, neue Möglichkeiten gibt, so hält es auch außenpolitisch gegenüber dem Zustande vor dem Kriege fest an dem jetzigen

Zustande, nicht etwa, weil er den staatspolitischen Anschauungen des Sozialismus entspricht, sondern weil er trotz aller Knechtung durch den französischen Imperialismus ein bißchen mehr Freiheit, ein bischen mehr Würde bedeutet als der feudale Absolutismus und die brutale Unterdrückung der verschiedensten Nationalitäten im alten Oesterreich.

Dokumente des Sozialismus.

Marxismus ist nicht ein Dutzend Personen, die einander das Recht der „Sachverständigkeit" ausstellen, und vor denen die Masse der gläubigen Moslim in blindem Vertrauen zu ersterben hat. Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muß, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt. Deshalb halte ich es mit Lessing, der an den jüngeren Reimarus schrieb: „Aber was tun! Jeder sage, was ihm Wahrheit dünkt, und die Wahrheit selbst sei Gott empfohlen;" (Rosa Luxemburg in: „Was die Epigonen aus der Marx'schen Theorie gemacht haben".)

* * *

„Glauben Sie aber nicht, meine Herren, daß wenn wir die Handelsfreiheit kritisieren, wir die Absicht haben, das Schutzzollsystem zu verteidigen. Man kann den Konstitutionalismus bekämpfen, ohne deshalb Freund des Absolutismus zu sein. Uebrigens ist das Schutzzollsystem nur ein Mittel, in einem Lande die Großindustrie aufzuziehen, das heißt, es vom Weltmarkt abhängig zu machen; und von dem Augenblick an, wo man vom Weltmarkt abhängt, hängt man schon mehr oder weniger vom Freihandel ab. Außerdem entwickelt das Schutzzollsystem die freie Konkurrenz im Innern eines Landes. Deshalb sehen wir, daß in den Ländern, wo die Bourgeoisie anfängt, sich als Klasse Geltung zu verschaffen, wie zum Beispiel in Deutschland, sie große Anstrengungen macht, um (industrielle) Schutzzölle zu bekommen.

Diese sind für sie Waffen gegen den Feudalismus und die absolute Staatsgewalt, sie sind für sie ein Mittel, ihre Kräfte zu konzentrieren und den Freihandel im Innern des Landes selbst zu realisieren. Aber im allgemeinen ist heutzutage das Schutzzollsystem konservativ, während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel." (Karl Marx, am 9. Januar 1849 in einer Rede in Brüssel über die Frage des Freihandels).